



Inhalt

1.	Das Zypernproblem	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitik.....	7
4.	Türkische Zyprioten	8
	Innenpolitik.....	8
	Außenpolitik	9
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	10

FES NEWS

- bitte besuchen Sie uns auf -
www.fescyprus.org
www.facebook.com/FEScyprus

1. Das Zypernproblem

Am 26. April wurde der gemäßigte linke Politiker Mustafa Akinci zum Präsidenten der international nicht anerkannten Türkischen Republik Nordzypern (TRNZ)¹ gewählt. Obwohl einzig die Türkei Akinci als den Präsidenten der ‚TRNZ‘ anerkennt, respektieren die griechischen Zyprioten und die internationale Gemeinschaft das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen im Norden und betrachten den Gewinner als den rechtmäßigen Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. In Anbetracht seines klaren Bekenntnisses zu einer Kompromisslösung in der Zypernfrage und seiner bekannt moderaten Haltung in der Zypernfrage, wird die Wahl Akincis als eine positive Entwicklung gewertet. Die Aussichten auf einen vielversprechenden Dialog zwischen den griechischen und türkischen Zyprioten im Kontext der nun erwarteten baldigen Wiederaufnahme der Gespräche stehen daher gut.

Akinci gewann die Wahlen in der zweiten Runde mit einem Erdrutschsieg und erhielt 60,5% der Stimmen, während der scheidende Präsident

¹ Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Gemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern international als Regierung für die gesamte Insel anerkannt ist, gilt die gesamte Insel als Mitglied der Europäischen Union. Der *Acquis communautaire* ist jedoch im nördlichen Teil Zyperns so lange ausgesetzt, bis eine politische Lösung für das Zypernproblem gefunden wird (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages).

Dervisch Eroglu 39,5% erhielt. Der 67 Jahre alte, ehemalige Bürgermeister von Nord-Nikosia, der auch kurzfristig das Amt des Premierministers innehatte, gewann die Wahl mit einem Programm, das auf vier Säulen basierte: (1) ein lösungsorientierter Ansatz in den Verhandlungen zur Beendigung der Zypernfrage; (2) ein neues, auf gegenseitigem Respekt basierendes Verhältnis mit der Türkei; (3) eine verantwortungsvolle Sozialpolitik; (4) eine wahrhaft unabhängige und unparteiische Präsidentschaft, die in innenpolitischen Fragen alle Parteien miteinbezieht. Der wichtigste Unterschied zwischen Akinci und den anderen Kandidaten im Hinblick auf die Zypernfrage war sein positiver Ansatz bei dem Thema vertrauensbildende Maßnahmen. Akincis Wahlprogramm legte den Schwerpunkt auf die Schaffung einer umfassenden Lösung sowie auf vertrauensbildende Maßnahmen, welche den Alltag für beide Bevölkerungsgruppen erleichtern sollen. Außerdem wird eine Einigung zur Öffnung der abgezäunten Stadt Varoscha unter Aufsicht der Vereinten Nationen sowie die gleichzeitige Öffnung des Hafens von Famagusta und des Flughafens Ercan für direkten Handel bzw. Flüge angestrebt. Durch diese Maßnahmen soll die festgefahrene Situation für die türkischen Zyprioten in der Wirtschaft und im Tourismus beendet werden. Da jedoch alle Beteiligten von einem derartigen Maßnahmenpaket profitieren würden, würden sich diese vertrauensbildenden Maßnahmen und die durch sie ausgelöste Dynamik positiv auf die Bemühungen für eine umfassende Lösung auswirken. Das Wahlprogramm kann in engli-

scher Sprache unter folgendem Link aufgerufen werden:

http://www.mustafaakinci.com/download/brochure_en/AKINCI-BROCHURE-EN.pdf

Im ersten Wahlgang am 19. April erhielt der unabhängige Kandidat und amtierende Präsident Dervisch Eroglu, der von der stärksten Oppositionspartei National Unity Party (UBP) und dem kleineren Koalitionspartner der Regierungskoalition Democratic Party-National Forces (TDP) unterstützt worden war, 28,15% der Stimmen. Der unabhängige Kandidat Akinci, der die Unterstützung der Social Democratic Party (TDP) und der United Cyprus Party (BKP) hatte, erhielt 26,94% der Stimmen. Die Kandidatin des größeren Koalitionspartners Republican Turkish Party-United Forces (CTP-BG), Sibel Siber, erzielte einen Stimmenanteil von 22,5%, während der unabhängige, von der sozialen Bewegung ‚Toparlaniyoruz‘ getragene Kandidat Kudret Ozersay einen Anteil von 21,25% erzielte. Die restlichen drei Kandidaten erhielten jeweils weniger als 0,5%. Die Wahlbeteiligung lag bei 62,34% und war somit die niedrigste im Vergleich zu allen bisherigen Präsidentschaftswahlen. Bei der Wahl im Jahr 2010 lag die Beteiligung bei 76,37%.

Im zweiten Wahlgang wurde Akinci durch die CTP-BG unterstützt, während Ozersay, der überraschend gut abgeschnitten hatte, neutral blieb. Ozkan Yorgancioglu, der Vorsitzende der CTP-BG, begründete die Unterstützung seiner Partei mit Akinci's Bekenntnis zum Frieden und einer Lösung in der Zypernfrage sowie zu sozialer Gerechtigkeit, aber auch damit, dass Akinci für Demokratie und europäische Werte stehe.

Am 30. April leistete Akinci im Parlament seinen Amtseid. Danach fand im Präsidentenpalast die Amtsübergabe statt. Der stellvertretende türkische Premierminister, Bulent Arinc, der auf für zypriotische Angelegenheiten zuständig ist, nahm an den Feierlichkeiten teil.

In seinem Glückwunschsreiben stellte der türkische Präsident Recep Tayip Erdogan klar, dass die Türkei keine Lösung ‚um jeden Preis‘ akzeptieren werde. Akinci hatte während des Wahlkampfes angekündigt, dass die Beziehung zwischen der Türkei und den türkischen Zyprioten mit dem Ziel neu verhandelt werden müsse, dass die türkischen Zyprioten ihre untergeordnete Stellung gegenüber Ankara aufgeben und auf gleicher Stufe mit der Türkei stehen sollen. Darauf reagierte Erdogan mit Verärgerung und rügte Akinci öffentlich. Erdogan betonte außerdem die wirtschaftliche Abhängigkeit des Nordens von der Türkei und warnte Akinci, dass er sich zukünftig vorsichtiger äußern solle. Erdogan fragte sich auch, wie es möglich sei, dass die türkischen Zyprioten zu vergessen scheinen, dass die Türkei ihr ‚Mutterland‘ sei, welches sich stets um ihre Kinder auf der Insel gekümmert habe. ‚Für die Türkei ist Nordzypern wie ein Kind. Wir werden es auch weiterhin so behandeln wie eine Mutter ihr Kind,‘ fügte Erdogan hinzu. Daraufhin fragte Akinci, warum Erdogan dagegen sei, dass die türkischen Zyprioten ‚erwachsen‘ werden. In diesem Zusammenhang mischte sich der Vorsitzende der stärksten Oppositionspartei, der Republican People's Party (CHP), Kemal Kilicdaroglu ein und sagte, dass es nicht angemessen sei, die ‚TRNZ‘ als einen Staat darzustellen, welcher unter dem Befehl und der Bevormundung der Türkei stehe,

nur weil die Türkei Wirtschaftshilfe leiste. Auf die Frage, ob er die ‚TRNZ‘ als ein ‚Kind‘ der Türkei betrachte, sagte er, dass die ‚TRNZ‘ ein unabhängiger Staat sei. Der Streit wurde letztendlich beigelegt, als Erdogan Akinci telefonisch zu seinem Wahlsieg gratulierte. ‚Beide Politiker bereinigten die Atmosphäre, scherzten und einigten sich auf ein baldiges Treffen in Ankara,‘ berichtete der Sender BRT.

Im Süden wurde Akincis Sieg von DISY und AKEL begrüßt. EDEK, die Grünen und die Bürgerallianz sehen den Wahlausgang mit verhaltenem Optimismus, da der neue türkisch-zypriotische Volksgruppenvertreter in ihren Augen nicht in der Lage sein werde, sich gegen die Türkei zu behaupten und der Schlüssel zur Lösung des Zypernproblems immer noch bei Ankara liege. Präsident Nikos Anastasiades und der UN-Sondergesandte Espen Barth Eide gratulierten Akinci zu seinem Sieg. Die USA begrüßte ebenfalls den Ausgang der Wahlen.

Am 28. April kündigte Präsident Anastasiades im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen an. Unter anderem beinhalten diese:

- Die persönliche Aushändigung von 28 Karten durch Anastasiades an Akinci, in welchen die Minenfelder im Pentadaktylos-Gebirge verzeichnet sind, die 1974 von den sich zurückziehenden griechischen Zyprioten angelegt worden waren.
- Die Übergabe der Verwaltung der türkisch-zypriotischen religiösen Stätten, wie z.B.

Moscheen, an die türkisch-zypriotische Stiftung für Religionsfragen, Evkaf.

- Die Einstellung Türkisch sprechender Beamter in den öffentlichen Dienstleistungszentren.
- Die Unterstützung für die Wiedervereinigung der zypriotischen Fußball Liga.

Anastasiades hatte ursprünglich ein Treffen mit Akinci für den 2. Mai angekündigt. Dies wurde jedoch von Akinci abgelehnt, da er vor einem Treffen erst am 6. Mai die Türkei besuchen wolle. Es wird erwartet, dass das Treffen zwischen Anastasiades und Akinci in der zweiten Maiwoche stattfinden und dabei unter anderem die Wiederaufnahme der Verhandlungen bekannt gegeben wird, aber auch, dass der Kern des Zypernproblems angesprochen wird. Der UN-Sondergesandte Espen Barth Eide wird ebenfalls für den 4. Mai in Zypern erwartet.

Der Leiter der türkisch-zypriotischen Abteilung für religiöse Angelegenheiten, Talip Atalay, und Erzbischof Chrysostomos II trafen sich im Erzbischofspalast im Süden Nikosias. Dem Treffen folgte eine gemeinsame Pressekonferenz, in der beide religiöse Oberhäupter ihre gegenseitige Unterstützung für die bevorstehenden Verhandlungen betonten und dem Schutz religiöser Stätten eine große Bedeutung zusprachen. Atalay wies darauf hin, dass die Mitglieder beider Religionsgruppen seit Tausenden von Jahren friedlich zusammengelebt hätten und dass der Frieden auf der Insel durch die positiven Beispiele der Vergangenheit gefördert werden könne. Das Treffen fand als Teil des Dialogs der Religionen innerhalb des Friedensprozesses unter der Schirmherrschaft der schwedischen

Botschaft statt. Die unter der Führung Schwedens geführte Friedensinitiative möchte die religiösen Oberhäupter in Zypern dazu ermutigen, sich konstruktiv am Friedensprozess zu beteiligen.

2. Gasvorkommen

Der Dreiergipfel vom 29. April, an dem die Regierungschefs von Zypern, Griechenland und Ägypten teilnahmen, endete mit der Annahme der ‚Nikosia-Erklärung‘, die von Präsident Nicos Anastasiades, dem griechischen Premier Alexis Tsipras und dem ägyptischen Präsidenten Abdel-Fattach Al-Sisi unterzeichnet wurde. Die Vereinbarung basiert auf der ‚Kairo-Erklärung‘, welche im November 2014 in Ägypten unterzeichnet wurde. Neben Energiefragen, welche die Gespräche während des Gipfels dominierten, wurden andere Themen wie der Kampf gegen den Terrorismus, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Stabilität im östlichen Mittelmeer diskutiert.

Die drei Länder waren sich darin einig, dass die Entdeckung der Gasvorkommen im östlichen Mittelmeer ein Katalysator für regionale Zusammenarbeit, basierend auf den Prinzipien des internationalen Rechts, ist. Obwohl keine Ankündigungen im Hinblick auf Abgrenzungsvereinbarungen der ausschließlichen Wirtschaftszonen der beteiligten Länder gemacht wurden, welche zweifelsohne auch die Türkei mit ihren eigenen Ansprüchen im östlichen Mittelmeer betreffen würde, gab es einen Konsensus darüber, dass die Gespräche letztendlich auf

dieses Ziel hinarbeiten sollten. Die Erklärung betont insbesondere, dass die drei Länder den ‚universellen Charakter der UN-Seerechtskonvention‘ unterstreichen sowie die Entscheidung über die Festlegung von Exklusiven Wirtschaftszonen im Mittelmeer zügig voranbringen sollen, soweit dies noch nicht geschehen ist. Während Zypern und Ägypten ein Übereinkommen bezüglich ihrer exklusiven Wirtschaftszonen bereits unterzeichnet haben, hat Griechenland solch eine Abgrenzung weder mit Zypern noch Ägypten vorgenommen, da dies für die Türkei einen Casus Belli darstellt.

Zudem betonte der ägyptische Präsident erneut, dass sein Land an dem Kauf zypriotischen Gases aus dem Aphrodite-Feld in Block 12 interessiert sei. Rechtliche- und Umweltfragen werden bereits von den technischen Ausschüssen beider Regierungen hinsichtlich des Baus einer Unterwasserpipeline für den Transport des Gases nach Ägypten diskutiert, obwohl die Pläne für die entsprechende Infrastruktur noch nicht vollständig sind.

In Bezug auf eine mögliche Pipeline zwischen Zypern und Ägypten, bemerkte Charles Ellinas, der ehemalige Direktor des staatlichen Gasunternehmens Kreytik, dass der voraussichtliche Preis für zypriotisches Gas von \$8 pro mmbtu² nicht mit den Preisen die Ägypten an Gasproduzenten wie Israel zahlen würde, welche zwischen \$3,6 und \$6 pro mmbtu liegen dürften, konkurrieren könne. Des Weiteren bezweifelte Ellinas, dass es möglich ist, Gas ab 2017 nach Ägypten zu pumpen. Seine Beurtei-

² Eine Million British Thermal Units

lung basiert auf der Annahme, dass eine endgültige Investitionsentscheidung bezüglich möglicher Investoren und den Bau einer Pipeline nach frühestens drei Jahren gefällt werden könne und dass Noble bis jetzt noch keine Entscheidungen getroffen habe.

3. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Am 18. April wurden nach einer hitzigen Debatte im Parlament die Rahmenbedingungen für die Insolvenzgesetzgebung verabschiedet, welche wiederum die Grundlage für das bis dato blockierte Zwangsvollstreckungsgesetz ist. Durch die Verabschiedung beider Gesetze ist es Zypern nun möglich, sich an dem Programm für den Kauf von Staatsanleihen der Europäischen Zentralbank (EZB) zu beteiligen.

Die Rahmenbedingungen wurden verabschiedet, nachdem die EZB offen warnte, dass sie die Entscheidung, zypriotische Staatsanleihen als Sicherheit innerhalb der geldpolitischen Maßnahmen zu akzeptieren überprüfen werde, falls die Umsetzung des Zwangsvollstreckungsgesetzes weiter hinausgezögert werde. Die Warnung wurde ausgesprochen, nachdem das zypriotische Parlament am 2. April zum wiederholten Male dafür stimmte, die Verabschiedung des Zwangsvollstreckungsgesetzes bis zum 17. April anzusetzen.

Die Rahmenbedingungen für das Insolvenzgesetz, welche als ein Sicherheitsnetz für

gefährdete Gruppen gegenüber den Zwangsvollstreckungen durch die Banken dienen sollen, wurden mit 33 Stimmen der an der Regierung beteiligten DISY, sowie mit Stimmen der DIKO und EDEK verabschiedet. AKEL, EVROKO, die Grünen und der unabhängige Abgeordnete Zacharias Koulias votierten gegen das Gesetz. Die Hauptfolge des Insolvenzgesetzes ist die Anwendung eines verschärften Zwangsvollstreckungsgesetzes mit dem Ergebnis, dass die Frist von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen und Versteigerungen von Immobilien von mehr als 10 Jahren auf nunmehr 18 Monate reduziert wird. Das Parlament hatte die Annahme des Zwangsvollstreckungsgesetzes seit letztem Oktober blockiert, um ein Insolvenzgesetz vorzubereiten und umzusetzen. Die Ratingagentur Moody's bewertete die Umsetzung des Insolvenzgesetzes als eine positive Entwicklung für die zypriotischen Banken, da auf diese Weise ‚die Basis für groß angelegte Kredit-Restrukturierungsmaßnahmen geschaffen werde und die Aussichten für die Banken, sich zu sanieren verbessert‘ würden.

In der Zwischenzeit kam die Troika³ am 26. April zu ihrer fünften Prüfung des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms und insbesondere des Insolvenzgesetzes nach Zypern. Die Bewertung des Insolvenzgesetzes war bis Ende April noch nicht abgeschlossen. Fällt die Evaluierung durch die Troika positiv aus, dann sind die Bedingungen für die Auszahlung der nächsten Tranche in Höhe von 86 Millionen Euro an Zypern erfüllt.

³ Die Troika besteht aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfond (IWF).

Am 6. April hob die Regierung die noch verbliebenen Kapitalverkehrskontrollen, die seit März 2013 in Kraft waren, auf. Dies wird als eine positive Maßnahme für die Wirtschaft betrachtet und als ein Zeichen für die Erholung des zypriotischen Bankenwesens. Wie die Zentralbank berichtete, gab es daraufhin keine ungewöhnlichen Geldabflüsse aus Zypern.

Die Ratingagentur Fitch Ratings stufte am 24. April die langfristige Emittenten Default-Bewertung in nationaler und ausländischer Währung auf 'B-' mit positiven Aussichten herauf. Des Weiteren geht die Agentur davon aus, dass Zypern nicht die gesamten, von der Troika genehmigten 10 Milliarden Euro Finanzhilfe benötigen wird.

Am 21. April reichte der Vorstandsvorsitzende der Bank of Cyprus (BoC), John Hurricane, seine Kündigung ein. Er gab persönliche Gründe für seine Entscheidung an. Hurricane arbeitete bei der BoC seit Oktober 2013. Die Stabilisierung der Bank wird größtenteils auf Hurricane zurückgeführt. Außerdem spielte der gebürtige Ire im August 2014 eine wichtige Rolle bei der Kapitalerhöhung der Bank in Höhe von einer Milliarde Euro, was wiederum den Investor Wilbur Ross anzog. Die Kündigung von Hurricane verursachte Spekulationen über die Zukunft der Bank und darüber, ob die Bank vollständig saniert werden könne, da das Problem der faulen Kredite immer noch nicht gelöst und die Umstrukturierung der Bank nicht beendet ist.

Am 28. April gab Zypern Staatsanleihen mit siebenjähriger Laufzeit in Höhe von einer Milli-

arde Euro aus. Dies signalisiert die Rückkehr des Landes an die internationalen Finanzmärkte und bestätigt das zunehmende Vertrauen internationaler Investoren in die zypriotische Wirtschaft.

Innenpolitik

Präsident Anastasiades und Generalstaatsanwalt Costas Clerides gerieten in Streit, nachdem eine unabhängige Untersuchung unter der Leitung von Panayiotis Kallis zu dem Ergebnis kam, den der stellvertretenden Generalstaatsanwalt, Rikkos Erotokritou, der Bestechung zu beschuldigen.

Der Untersuchung zufolge wurde Erotokritou von dem Anwaltsbüro Neocleous & Co, welche die nicht mehr bestehende Laiki-Bank vertrat, bestochen. Erotokritou gewann einen Fall, den er gegen Laiki vorgebracht hatte, bei dem persönliche Einlagen und Kredite im Umfang von ca. 600.000 Euro, die beim Bail-in 2013 konfisziert worden waren, mit seinen Schulden bei der Bank verrechnet werden sollten. Als Gegenleistung soll Erotokritou die strafrechtliche Verfolgung einer Reihe russischer Staatsbürger beantragt haben, die sich in einem Rechtsstreit mit dem Anwaltsbüro über das Management der Providencia Ltd., einer russischen Offshore-Firma mit Anteilen in Höhe von 250 bis 300 Millionen Euro, befinden.

Erotokritou bestreitet die Anschuldigungen und versuchte seinerseits Clerides bloßzustellen, indem er die Handhabung des Falles durch den Generalstaatsanwalt in Frage stellte und eine Reihe neuer Anschuldigungen gegen Clerides

vorbrachte. Eine schriftliche Stellungnahme des Präsidenten, in welcher angekündigt wurde, dass das Kabinett eine Untersuchung anordnen werde, um Erotokritous Anschuldigungen nachzugehen, verärgerte Clerides, da dies seiner Meinung nach eine Parteinahme zugunsten von Erotokritou darstelle. Clerides beschuldigte den Präsidenten, dass jener dazu beitrage, den ‚Ankläger zum Beschuldigten‘ zu machen. Die Handhabung des Falles durch den Präsidenten wurde allgemein als Versuch gewertet, die Unabhängigkeit des Generalstaatsanwaltes zu kompromittieren.

4. Türkische Zyprioten

Innenpolitik

Nach der Wahlniederlage des Kandidaten von der Republican Turkish Party-United Forces kündigte der Parteivorsitzende und Premierminister Ozkan Yorgancioglu an, dass er sich nicht mehr zur Wiederwahl auf dem nächsten Parteitag im Oktober oder November diesen Jahres stellen werde. Es sei jedoch möglich, dass der Parteitag einige Monate vorverlegt werden könne. Yorgancioglu lehnte jedoch Neuwahlen ab, da die Bevölkerung dies nicht unterstützen würde. Außerdem wären Neuwahlen eine zusätzliche Last für die Wirtschaft und könnten zu politischen Spannungen führen. Bereits 2013 fand eine vorgezogene Parlamentswahl statt.

Aufgrund von Yorgancioglus Stellungnahme wurde auf einer Parteiversammlung die Vorver-

legung des Parteitages der CTP-BG beschlossen. Demnach soll am 14. Juni ein außerordentlicher Parteitag stattfinden. Derweil übernahm der Parteivorstand in einer schriftlichen Erklärung die politische Verantwortung für die Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen, kündigte aber an, die Geschäfte bis zum nächsten Parteitag fortzuführen. Außerdem traten die Vertreter des Jugendflügels von ihren Posten im Parteivorstand zurück, wie auch die Bezirksvorsitzenden und Bezirksvorstandsmitglieder für Famagusta, Kyrenia und Nikosia.

Die stärkste Oppositionspartei, die National Unity Party (UBP), wird am 6. Juni einen Sitzungsparteitag und am 31. Oktober einen außerordentlichen Parteitag abhalten. Dies ist das Ergebnis einer einstimmigen Entscheidung auf dem Treffen des Parteivorstandes und aller Parteimitglieder. An die Parteimitglieder gerichtet, betonte der Parteivorsitzende der UBP, Huseyin Ozgurgun, dass eine Änderung der Parteisatzung wichtig sei, um den neuen Herausforderungen an die Partei gerecht zu werden. Ozgurgun hat jedoch noch nicht entschieden, ob er sich auf dem außerordentlichen Parteitag im Oktober zur Wiederwahl stellen wird.

Auf die Frage nach der Arbeit der bisherigen Koalitionsregierung und des Kabinetts während einer Fernsehendung sagte Premierminister Ozkan Yorgancioglu: ‚Ich kann nicht sagen, dass wir alles erfolgreich bewältigt haben oder dass wir all das, was wir uns ursprünglich vorgenommen hatten, wirklich umgesetzt haben. Wir haben jedoch viel getan, auch Dinge, die nicht Teil des Regierungsprogramms waren, während

wir nicht alles umsetzen konnten, was im Regierungsprogramm stand.' Er fügte hinzu, dass das Wirtschaftsprogramm für die Jahre 2016 bis 2018 nach Konsultierung von Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen ausgearbeitet werde, um die Unterstützung der Bevölkerung sicherzustellen. Im Hinblick auf die Vereinigung der türkisch- und griechisch-zypriotischen Fußballverbände sagte Yorgancioglu, dass er den Vorsitzenden des türkisch-zypriotischen Fußballverbandes, Hasan Sertoglu, unterstütze trotz der beträchtlichen Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage mit seinem Koalitionspartner Serdar Denktasch. Er fügte jedoch hinzu, dass unterschiedliche Auffassungen normal seien und dies nicht bedeute, dass die Koalition aufgelöst werde.

Der Vorsitzende des türkisch-zypriotischen Städte- und Gemeindetages, Ahmet Benli, gab bekannt, dass das Projektmanagement für das aus der Türkei kommende Wasser in Bearbeitung sei. Das Projekt umfasst die Gründung eines neuen Unternehmens in Partnerschaft mit 28 Kommunen.

Die türkisch-zypriotische Regierung untersagte für die kommenden 60 Tage jegliche Streikaktivitäten der Fluglotsen am Flughafen Ercan (Tymbou). Durch den Fluglotsenstreik gab es Verspätungen bei mehr als einem Dutzend Flügen. Der Gewerkschaftsvorsitzende begründete die Streiks damit, dass sich die Regierung nicht an frühere Abmachungen gehalten habe.

Die New Cyprus Party (YKP) und die griechisch-zypriotischen Grünen organisierten gemeinsam eine Protestveranstaltung, gegen die sich seit

kurzem im Bau befindliche Atomanlage im türkischen Mersin Akkuyu. In einer Erklärung hob die YKP die mit Atomkraft verbundenen Gefahren hervor und bezog sich auf die Vorfälle in Tschernobyl und Fukushima. Die Entfernung zwischen Akkuyu und Kyrenia sei gering und ein ähnliches Szenario durchaus möglich.

Außenpolitik

Die Europäische Union eröffnete ein Informationszentrum im Nordteil Nikosias. Das Zentrum soll die türkischen Zyprioten näher an die EU heranführen und das Bewusstsein und Wissen in Bezug auf die EU innerhalb der türkisch-zypriotischen Bevölkerung erweitern. Außenminister Ozdil Nami nahm an der Eröffnungsfeier teil und erinnerte daran, dass die türkisch-zypriotische Bevölkerung 2004 für die Vereinigung der Insel und EU-Mitgliedschaft gestimmt hatte und betonte, dass sie dieses Ziel auch weiterhin unterstütze.

5. FES Zypern Veranstaltungen

Mai

Samstag 16.05. 2015

ECI / European Commission / FES
Konferenz

**Conference on the Outcomes of the ECI Invest
in Education – Cyprus: 'Lessons from the
Success of the European Citizen's Initiative in
Cyprus Invest in Education'**

University of Cyprus,
Nikosia , Zypern
Öffentliche Veranstaltung



Samstag 16.05. 2015 und Sonntag 17.05. 2015

IKME / BILBAN / FES
Konferenz

Cypriot's Voice Conference

Queen's Bay Hotel
Paphos, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung



Freitag 15.05. 2015 bis Sonntag 24.15. 2015

POST RI / FES
Workshop

**Education for a Culture of Peace as Vehicle for
Reconciliation in Cyprus – SDDP Training**

Atatürk Cultural Centre
und
Home for Corporation (Buffer Zone)
Nikosia, Zypern

Nicht öffentliche Veranstaltung

Juni

Montag 22.06.2015

FES
Konferenz

**Trade Unions in Cyprus, Common Challenges
Ahead**

Chateau Status (Pufferzone)
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



Impressum:

Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: office@fescyprus.org
Web-Seite: www.fescyprus.org
Facebook: www.facebook.com/FEScyprus

Text:

Hubert Faustmann, Sertac Sonan, Yiannis
Charalambous, Sophia Papastavrou und Ute
Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter
abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie
bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com